

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

## Mehr Verantwortung?



**Deutsche Außenpolitik kontrovers**  
Kurs auf die Welt  
Kultur der Zurückhaltung  
Sicherheit statt Frieden  
Selbstbeschau und Macht

### **WeltBlick**

Thailand: Blutiger Kampf der Eliten  
Jemen: Fragmentierte Gesellschaft  
Japan: Abe auf Provokationskurs

### **Historie**

Die Julikrise von 1914

### **Analyse**

Syrische Chemiewaffen

### **Bücher & Tagungen**

## Editorial

Mehr Verantwortung übernehmen? Ja natürlich kann Deutschland weltweit mehr Verantwortung übernehmen! Für Frieden und Abrüstung, indem man die eigenen Waffenexporte beendet; für Entwicklung im globalen Süden, indem man die international vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe ausgibt; für Sicherheit in Europa, in dem man in den aktuellen Konflikten in der Ukraine offen und selbstbewusst für Dialog und gegen die Eskalation der Gewalt eintritt. Deutschland als „Gestaltungsmacht“ des 21. Jahrhunderts, so die Selbstbezeichnung durch das Auswärtige Amt, hätte viele Möglichkeiten, sich „früher, entschiedener und substanzieller“ auf der Weltbühne zu engagieren. Aber das war nicht gemeint, als Anfang dieses Jahres zu München der Präsident dieses Landes von Verwerfungen unserer Zeit und der „neuen Verantwortung“ Deutschlands raunte. Handeln sei das Gebot der Stunde und dazu gehöre auch der Einsatz des Militärs, als Ultima Ratio.

Es scheint, dass dieser ach so eitle Präsident seine Rolle gefunden hat, besser sie wurde ihm geschneidert: die bisher eher geökonomische Großmacht Deutschland für den politisch-militärischen Bereich mental fit zu machen. Der deutsche Michel, der sich bis dato so gar nicht für militärische Einsätze begeistern lässt, soll auf die „neue Verantwortung“ als globaler Akteur eingestimmt werden. Das scheint seine Mission.

Die Debatte in Europa über Krieg und Frieden ist eine alte. Als im 16. Jahrhundert über diese Frage im Kontext eines zu führenden Krieges gegen die Türken heftig diskutiert wurde, forderte der italienische Humanist und Völkerrechtler Alberico Gentili die Theologen, die einen Waffengang (aus Gründen der „moralisch gerechten Sache“) befürworteten, auf zu schweigen: „Silete theologi!“, rief er ihnen aus Oxford zu. Wenn heute ein ehemaliger Pastor als Präsident dieses Landes so offen dem Militärischen das Wort redet, so melden wir Widerspruch an und stellen uns in dieser Zeitschrift der Debatte.

Potsdam, im Mai 2014

Dr. Raimund Krämer  
Chefredakteur



r.kraemer@welttrends.de

1

## **Editorial**

4

## **WeltBlick**

- 5 Thailand: Blutiger Kampf der Eliten  
*Dieter Philipp*
- 11 Jemen: Fragmentierte Gesellschaft  
*Renate Schmidt*
- 17 Japan: Abe auf Provokationskurs  
*Ralf Havertz*



22

## **Abgelichtet: Ausências Brasil**

*Gustavo Germano*

28

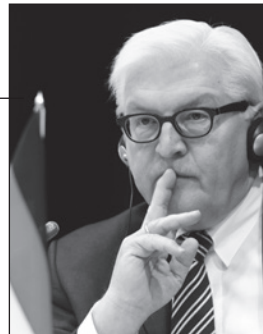
## **Zwischenruf: Eine neue Lage**

*Attila Király*

30

## **Deutsche Außenpolitik kontrovers**

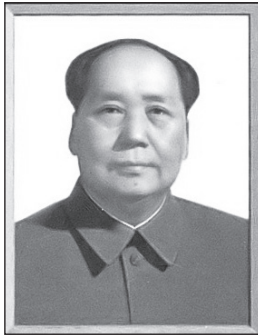
- 33 Sicherheit statt Frieden  
*Conrad Schetter*
- 40 Zwischen Selbstbeschau und Macht  
*Günther Maihold*
- 51 Kurs auf die Welt  
*Hans Misselwitz*
- 59 Verantwortung und Intervention  
*Reinhard Rode*
- 66 Die Deutschen und die Russen  
*Gunther Hellmann*



76

## **Historie: Die Julikrise von 1914**

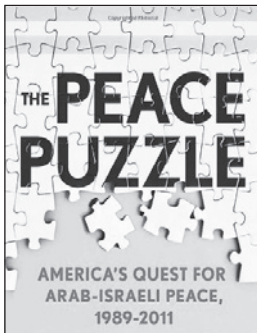
*Jürgen Angelow*

**Streitplatz: China neu betrachten!****82**

- Paradoxien des Wirtschaftswunders 83  
*Horst Fabian*
- China beim Wort nehmen 88  
*Kerstin Leitner*
- Noch radikaler! 92  
*Wolfram Adolphi*

**Forum: Abgrund Afghanistan****96**

- Pakistan und Afghanistan nach 2014 97  
*Karl Fischer*
- Irans Afghanistanpolitik 105  
*David Ramin Jalilvand*

**Analyse: Syrische Chemiewaffen abgerüstet****113***Ralf Trapp***Bücher und Tagungen****124**

- Wiedergelesen 125
- Rezensionen 127
- Annotationen 133
- Konferenzen 135
- Impressum 140

**Kommentar: TTIP – Neuaufteilung der Welt?****142***Helmut Scholz***Wort und Strich****144**

## Neuaufteilung der Welt?

Zum transatlantischen Freihandelsabkommen

Helmut Scholz

Derzeit wird unser Planet von einem Netz neuer bilateraler Handelsverträge umspannt. Treibende Kräfte sind die alten Wirtschaftsmächte EU und USA. Aber auch neue Akteure in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts wie China oder Indien sind dabei. Solche Abkommen üben hohen Druck auf konkurrierende Ökonomien in den jeweiligen Regionen aus. So verschafften die Abkommen EU-Korea und Korea-USA den südkoreanischen Elektronik- und Automobilherstellern einen so großen Kostenvorteil, dass die japanische Regierung an den Verhandlungstisch mit der EU (bilateral) und mit den USA (plurilateral im Pazifikabkommen TPP) gezwungen wurde. China hat nun darauf reagiert. Es verhandelt mit Korea und Japan. Jetzt erwägt es sogar den Beitritt zu den Verhandlungen über ein plurilaterales Dienstleistungsabkommen (TISA).

Die Europäische Union und die USA schließen zunehmend bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit verschiedenen Partnern ab. Diese gehen weit über den WTO-Rahmen hinaus. Sie beinhalten eine Liberalisierung des Warenhandels, zielen auf den Marktzugang beim Dienstleistungshandel, auf die öffentlichen Beschaffungsmärkte und die Regulierungen von Qualitätsnormen wie auch auf den Schutz von geistigen Eigentumsrechten. Seit Inkrafttreten des Lissabonner EU-Vertrages ist der Abschluss solcher Abkommen alleinige EU-Kompetenz. Die Kommission verhandelt im Auftrag des EU-Rates autark. Nach Abschluss der Verhandlungen muss das Ergebnis von beiden Gesetzgebern, also Rat und Europäisches Parlament, bestätigt werden – und kann auch abgelehnt werden, wie bereits beim ACTA geschehen.

Ein TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) würde durch Umfang und Wirtschaftskraft der Partner alle anderen bilateralen Abkommen in den Schatten stellen. Es geht um fast 45 Prozent des globalen Bruttonutzenprodukts. Das TTIP hätte gewaltige Konsequenzen für die Welthandelsarchitektur. Die Folgen für Wettbewerber aus Ostasien und

anderen Regionen wären gravierend. Im Jahr 2014 werden in China zirka 17 Millionen Autos neu zugelassen; in der EU zirka 11 Millionen. Eine „vereinte“ Marktmacht von EU und USA (32 Prozent der Weltproduktion an PKW und 35 Prozent der Autokäufe) würde sichern, dass Industriestandards auch künftig im TTIP-Raum definiert und nicht in China werden. Zudem ist ein Protokoll über gemeinsames Vorgehen bei der Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffreserven in aller Welt geplant. Manche sprechen deshalb auch von einer „Wirtschafts-NATO“.

Die neuen Vertragsnetze sind Ausdruck der globalen Durchsetzung der konzernbasierten Ökonomie. Dies wird mit der Risikoökonomie der finanzkapitalistischen Sphäre verbunden. Im Zuge dieser Entwicklung definieren sich weltweit Zentren und Peripherien neu. Dieser weltwirtschaftliche Einschnitt ist gravierend und erinnert an die Aufteilung der Welt im imperialen Zeitalter des 19. Jahrhunderts. Das ist gefährlich, wenn ein Land wie Russland mit nur zwei global relevanten Faktoren – dem Machtfaktor Militär und dem Pfund Rohstoffe – sich nicht in die Peripherie abschieben lassen will. Es reagiert dann mit dem, was es hat: Bedrohungspotenzial. Schwere Probleme entstehen, wenn große Teile der Bevölkerung in bislang nationalstaatlich organisierten Ökonomien von der Entwicklung abgekoppelt werden. Diese „Surplus Population“ sozial zu versorgen ist in der Konzernökonomie „die letzte Aufgabe“ der nationalstaatlichen Regierung. Aber solche Abkommen erzeugen einen Regulierungsrahmen, in dem Regierungen entweder überflüssig werden oder mehr oder weniger offen als Instrument einer kleinen kleptokratischen Elite dienen.

Auch die Rolle von nationalen Parlamenten nimmt im Kontext solcher Verträge ab. Zwei geplante Instrumente im TTIP, der Regulierungsrat zur Überprüfung neuer Gesetze und das Investor-Staat-Klagerecht, erheben Standardsetzung und Investitionssicherheit zum Ziel. Es geht um die vertragliche Verankerung von Marktmacht. Das TTIP führt nach Deregulierung zu Re-Regulierung und Standardverengung und dient vorrangig der Profitoptimierung global agierender Konzerne. Es ist eine Gefahr für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, denn es verringert die Innovationskraft der Menschheit zur Bewältigung planetarer Probleme. 🌐



Helmut Scholz,  
geb. 1954, MdEP, Mitglied  
der Fraktion GUE/NGL.  
helmut.scholz@  
europarl.europa.eu